



---

---

## **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

41. Sitzung (öffentlich)

7. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

1

Geszentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (1. Ergänzung)

Vorlagen 13/2361, 13/2363, 13/2448, 13/2456, 13/2472 und 13/2474

In der Schlussabstimmung wird der Einzelplan 08 unter Berücksichtigung der den Ausschuss tangierenden Bereiche und der gefassten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

In der Schlussabstimmung wird der Einzelplan 10 in den den Ausschuss tangierenden Bereichen in der Fassung des Entwurfs mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

In der Schlussabstimmung wird der Einzelplan 15 unter Berücksichtigung der den Ausschuss tangierenden Bereiche sowie der gefassten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

- 2 Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz 2003** 10
- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/3899  
Ausschussprotokoll 13/942  
Zuschriften siehe Ausschussprotokoll
- Der Antrag der FDP-Fraktion wird ohne weitere Aussprache einstimmig weitergeleitet.
- 3 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes (ZustVO ArbtG)** 11
- Vorlage 13/2386
- Der Ausschuss erörtert Details des Entwurfs.
- 4 Neuausrichtung der NRW-Gewerbeflächenpolitik** 12
- Zum Thema des Tagesordnungspunktes wird dem Ausschuss ein schriftlicher Bericht zur Verfügung gestellt.
- 5 Auswirkungen des Wasserentnahmeentgeltgesetzes auf die nordrhein-westfälische Wirtschaft** 12
- Zum Thema des Tagesordnungspunktes nimmt der Ausschuss zunächst einen Bericht entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.
- 6 Verschiedenes** 17
- a) Gesetz zur Umstrukturierung der Landesbank Nordrhein-Westfalen zur Förderbank Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze
- b) „Walsum“
- c) Restanten

## Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linsen** die Vertreterinnen/Vertreter der Landesregierung sowie die übrigen Gäste und stellt sodann das Benehmen über die Tagesordnung her.

**1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (1. Ergänzung)

Vorlagen 13/2361, 13/2363, 13/2448, 13/2456, 13/2472 und 13/2474

**Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linsen** teilt mit, zur heutigen Antragsitzung seien dem Ausschuss außer den in der Tagesordnung ausgewiesenen Vorlagen per Tischvorlage die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP verteilt worden. (Siehe auch Vorlagen 13/2616 und 13/2633)

**Christian Weisbrich (CDU)** kritisiert, die Landesregierung hebele durch ihre stümperhafte Vorbereitung und unzumutbare Fristsetzung das Budgetrecht des Landtags aus. Verpflichtungsermächtigungen und die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Haushaltspositionen trügen nicht zu Wahrheit und Klarheit bei. Der Etat werde der politischen Kontrolle entzogen. Da bis heute keine endgültigen Zahlen vorgelegt worden seien, sei der Haushalt eigentlich nicht beratungsreif. Dieses bereits in den vergangenen Jahren praktizierte Verfahren moniere er nachdrücklich. Dass die Koalition dieses Treiben dulde, wundere ihn.

Ihn erstaune darüber hinaus, dass der Minister für Wirtschaft und Arbeit dem Raubbau im Wirtschaftshaushalt zugestimmt habe. Ein Bereich, der die Zukunft des Landes sichern solle, werde geopfert. Bestes Beispiel sei der Umgang mit der Meistergründungsprämie. Dieses erfolgreichste Programm des Landes Nordrhein-Westfalen werde in seiner Substanz verletzt. Die Zahl der Meistergründungen, die in den nächsten Jahren aus Landesmitteln bedient werden könne, bewege sich zwischen 50 und 60.

Wer diese Entwicklung unterstütze, mache sich mitschuldig am dramatischen Arbeitsplatzabbau in Nordrhein-Westfalen. Auch die Förderung des Mittelstandes sei dramatisch zurückgefahren worden. Eine solche Position trage seine Fraktion auf keinen Fall. Man werde im hiesigen Ausschuss zwar keine Vorschläge unterbreiten, sich aber darauf konzentrieren, im Haushalts- und Finanzausschuss sowie im Plenum Vorschläge für eine insgesamt bessere Politik für Nordrhein-Westfalen zu unterbreiten.

**Werner Bischoff (SPD)** sieht nach der in weiten Teilen wiederholten Rede des Abgeordneten Weisbrich aus den letztjährigen Haushaltsplanberatungen keine Veränderun-

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
41. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004  
sl-ke

gen in der Strategie der Opposition. Die Koalition sei entscheidungsbereit und werde ihre Zielvorstellungen durch Anträge untermauern.

**Dr. Gerhard Papke (FDP)** unterstreicht als Grund für die zum Teil unveränderte Argumentation, dass sich die Zumutungen der vergangenen Jahre auch in den diesjährigen Haushaltsplanberatungen wiederholten. Die Verhandlungsgrundlage für den Haushalt sei nicht vollständig. Trotzdem aber habe seine Fraktion zu einzelnen Positionen des Haushalts Anträge gestellt. Auffälligstes Beispiel dafür, dass der Wirtschaftshaushalt nicht zukunftsgerichtet sei, seien die Kürzungen bei der Meistergründungsprämie.

Es wäre angesichts des Wachstumsrückstandes der NRW-Wirtschaft und der Haushaltslage des Landes allgemein nötiger denn je, für den Auslaufbergbau in Nordrhein-Westfalen die Weichen zu stellen. Der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an der Steinkohleförderung soll bereits 2004 vollständig gestrichen werden. Finanziert werden solle der Auslaufbergbau in der Übergangsphase vom Bund. Die frei werdenden Mittel seien - aufgestockt um Bundesmittel - für ein Infrastrukturprogramm einzusetzen. - Kürzungsmöglichkeiten gebe es bei den „Grünen Spielwiesen“ wie z. B. der rationellen Energieverwendung.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** bescheinigt der CDU-Fraktion angesichts ihrer Einlassung, den Haushalt nicht beraten zu können, Unfähigkeit. Die Koalitionsfraktionen seien zu einer Auseinandersetzung und Antragstellung in der Lage. Die CDU-Fraktion habe die ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Möglichkeiten - z. B. das Berichterstattergespräch - nicht genutzt. Die in der Sache völlig unbegründete generelle Kritik, wie sie der Abgeordnete Weisbrich vorgetragen habe, könne er nicht nachvollziehen:

Im Haushalt 2004/2005 seien für die Meistergründungsprämie Mittel in gleicher Höhe wie für das Jahr 2003 eingestellt worden. Die Koalition wolle so den Status quo sichern. Im Übrigen werde es wegen der im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat beschlossenen Änderung der Handwerksordnung zukünftig weniger Nachfragen nach der Meistergründungsprämie geben als bisher. Andere Möglichkeiten stünden offen. Die CDU-Fraktion verkenne die Zeichen der Zeit.

Dass die FDP-Fraktion die von ihr 1997 mitunterzeichnete Kohlevereinbarung von einem auf den anderen Tag kündigen wolle, komme einem Armutszeugnis gleich. Wer sämtliche Landesmittel streiche, nehme in der Konsequenz in Kauf, dass 40.000 Bergleute arbeitslos würden. Die Positionierung seiner Fraktion zum Bergbau sei klar. Das Düsseldorfer Signal sehe entsprechende Vereinbarungen vor. Im Ziel sollten Subventionen zurückgeführt werden.

**Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** möchte wissen, ob es aus der gestrigen Kabinettsberatung Signale gebe, die den in Rede stehenden Haushalt tangierten.

**Harald Schartau**, Minister für Wirtschaft und Arbeit, teilt mit, das Kabinett werde morgen über die zweite Ergänzung abschließend beraten und Beschluss fassen. Die eine oder andere Entscheidung von struktureller Bedeutung für den Haushalt sei noch offen.

Die grundsätzliche Ausrichtung der im hiesigen Ausschuss relevanten Haushaltsbereiche aber werde sich nicht mehr verändern.

Es werde, so der **Ausschussvorsitzende** von Jahr zu Jahr schwieriger, den Haushalt vernünftig zu beraten. Dies möge der Finanzlage des Landes geschuldet sein; dennoch habe er die Hoffnung, dass für die nächsten Haushaltsplanberatungen die erforderlichen Unterlagen frühzeitiger zur Verfügung stünden.

Der **Ausschuss** wendet sich sodann der **Antragsberatung der Anträge zum Einzelplan 08** in den ihn betreffenden Teilen zu und orientiert sich dabei an der ihm zur Verfügung stehenden Tischvorlage:

#### Lfd. Nr. 1

**Dr. Gerhard Papke (FDP)** legt für seine Fraktion größten Wert darauf, dass es nicht darum gehe, einen Vertrag einseitig aufzukündigen. In Neuverhandlungen mit den am damaligen Steinkohlekompromiss beteiligten Akteuren könne es gelingen, sich auf eine Lastenverschiebung zu verständigen. Nordrhein-Westfalen müsse sofort aus der finanziellen Belastung durch den Auslaufbergbau herausgenommen werden.

Für **Werner Bischoff (SPD)** stellt der Antrag der FDP-Fraktion nach wie vor eine Anstiftung zum Vertragsbruch dar. Vor dem Hintergrund der jüngsten kohlepolitischen Entscheidungen der Regierung, die auf den Zeitraum nach 2010 orientiere, gingen die Forderungen der FDP-Fraktion an der Realität vorbei.

**Reiner Priggen (GRÜNE)** weist auf die dem Unternehmen ausgestellten Bewilligungsbescheide für die Jahre 2004/2005 hin. An der Stelle sehe er allein schon von der Haushaltstechnik her Schwierigkeiten, den Antrag der FDP-Fraktion umzusetzen.

**Fritz Kollorz (CDU)** vermag aufseiten aller Beteiligten nicht die uneingeschränkte Bereitschaft zu erkennen, in Verhandlungen miteinander zu treten. Die Aufforderung der FDP-Fraktion sei insofern nichts anderes als die Wiederholung eines alten Tatbestandes, der zur erneuten Ablehnung des FDP-Anliegens führen werde.

**Christian Weisbrich (CDU)** stellte klar, die Finanzierung der Konsequenzen aus der auf Bundesebene getroffenen langfristig angelegten Entscheidung sowie deren Reichweite insgesamt betrachte er als noch völlig offen. Verhandlungen zwischen den Beteiligten seien im Gange. - Der Antrag der FDP-Fraktion bedeute eine Wiederholung in der Sache. Erfreut habe er jedoch zur Kenntnis genommen, dass die FDP-Fraktion nicht mehr zum einseitigen Vertragsbruch auffordere. Verhandlungen könnten sich allerdings nicht auf einen Zeitraum beziehen, für den rechtsverbindliche Ansprüche bestünden. Geschlossene Verträge müssten eingehalten werden.

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
41. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004  
sl-ke

Seine Fraktion habe, widerspricht **Dr. Gerhard Papke (FDP)**, zu keinem Zeitpunkt zum Rechtsbruch aufgerufen. Die Neugestaltung der Verträge müsse auf dem Verhandlungswege erreicht werden. Solche Verhandlungen würden allerdings solange nicht stattfinden, wie das Land Nordrhein-Westfalen Blankoschecks ausstelle.

(Fritz Kollorz [CDU]: Halten Sie einen Zuwendungsbescheid für einen „Blankoscheck“?)

Ausweislich der Erkenntnisse aus den letzten Monaten habe die DSK nicht den ausgeprägten Liquiditätsbedarf, wie er bisher angenommen worden sei. Angesichts dessen sei es durchaus verantwortbar, die zur Verfügung gestellten Mittel zu verknappen. Die DSK werde nicht zu einer Schließung von Betriebsstätten gezwungen, sollten ihr weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden. Außerdem habe die FDP gefordert, Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitzustellen. - Stehe die Koalition insgesamt hinter der Aussage des Abgeordneten Bischoff, dass die Weichen für den Zeitraum nach 2010 gestellt seien?

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** bescheinigt der FDP-Fraktion ein durchschaubares Manöver. Im Jahre 2000 habe die FDP-Fraktion den Ausstieg bis zum Jahr 2010 beantragt. Kurze Zeit später sei der Zeitraum bis zum Jahr 2005 verkürzt worden. Anschließend habe die FDP-Fraktion den sofortigen Ausstieg gefordert. Im Plenarprotokoll sei nachzulesen, dass die FDP-Fraktion kurzfristig sogar einen Zeithorizont bis 2015 ins Spiel gebracht habe. - Im Übrigen halte die Koalition nicht dauerhaft am Bergbau fest.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD, Grünen und CDU bei Enthaltung des Abgeordneten Tenhumberg (CDU) gegen das Votum der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

## Lfd. Nr. 2

**Dr. Gerhard Papke (FDP)** sieht im REN-Programm Möglichkeiten für Kürzungen. Die Förderung erneuerbarer Energien sei in erster Linie Bundesaufgabe. Dort würden erhebliche Mittel bereitgestellt.

**Dr. Axel Horstmann**, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung, qualifiziert die von der FDP-Fraktion gewünschte Sperre als haushaltswirtschaftlich nicht realisierbar. Die eingegangenen Bindungen überschritten nämlich die von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Baransätze. Außerdem sei die Landesförderung mit dem Bund abgestimmt.

**Reiner Priggen (GRÜNE)** weist auf die Unterschiedlichkeit der beiden REN-Programme hin. Im REN-Breitenförderungsprogramm sei eine Kürzung in Höhe von 50 % vorgenommen worden. Im diskutierten Zusammenhang könne nicht das EEG eingebunden werden.

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
41. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004  
sl-ke

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **abgelehnt**.

### Lfd. Nr. 3

Der **Antrag** wird ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP bei Enthaltung durch die CDU **angenommen**.

### Lfd. Nr. 4

Zur Frage des **Fritz Kollorz (CDU)** nach der Höhe der einschlägigen Ausgaben im Jahr 2003 führt **Minister Dr. Axel Horstmann** aus, die tatsächlich geleisteten Zahlungen unterlägen Schwankungen: Im Jahre 2003 gehe es um eine Summe von 2,3 Millionen €. Im Jahre 2002 habe der Betrag bei 1,5 Millionen € gelegen.

Eine förmliche Deckungsfähigkeit, so auf eine entsprechende Nachfrage des **Ausschussvorsitzenden Dr. Helmut Linssen** der **Minister**, existiere nicht. Wie bei allen unvorhersehbaren Ereignissen müssten die erforderlichen Leistungen auf jeden Fall erbracht werden. Im vorliegenden Falle handele es sich um eine Schätzung ausgerichtet an den Zahlungen der vergangenen drei bis vier Jahre.

Dem Haushalt, so **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen**, entnehme er einen Betrag in Höhe von 2 Millionen €. Dem stehe nach Aussage des Ministers für 2003 eine Fälligkeit in Höhe von 2,2 Millionen € gegenüber. Wie werde die Lücke geschlossen? - Das MVEL habe, ergänzt **Dr. Gerhard Papke (FDP)** die Ausführungen des Vorsitzenden, im Erläuterungsband zum Haushalt ausgeführt, dass der Ansatz aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre erhöht worden sei. Umso berechtigter sei angesichts dieses Zusammenhangs die Frage des Ausschussvorsitzenden, entstehe doch eine Unstimmigkeit zum Antrag der Koalitionsfraktionen, der eine Reduzierung des Ansatzes als gerechtfertigt erachte.

**Minister Dr. Axel Horstmann** stellt klar, bei einer Überschreitung des Haushaltsansatzes werde sein Haus mit dem Finanzministerium eine Klärung herbeiführen müssen. Während das MVEL auf der Basis von 2003 eine Erhöhung beantragt habe, habe sich die Koalition wohl an den langjährigen Durchschnittswerten orientiert. Bei Überschreitung des Ansatzes - wie das für 2003 der Fall gewesen sei - sei der gängige Weg die Beantragung einer überplanmäßigen Ausgabe.

Für **Christian Weisbrich (CDU)** belegt die bisherige Diskussion zu diesem Antrag den Gradmesser für die Seriosität/Unseriosität der Haushaltsvorlagen: „Keiner weiß nichts Genaues!“ -

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
41. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004  
sl-ke

**Marianne Thomann-Stahl (FDP)** bemängelt die ihrer Ansicht nach fehlende Substanz in der Einschätzung der Zusammenhänge durch den Minister. Die Koalition solle den Antrag zurückziehen.

**Minister Dr. Axel Horstmann** empfindet es als grotesk, im diskutierten Zusammenhang die Haushaltsplanung des Landes als seriös oder unseriös qualifizieren zu wollen. Es gebe unvorhergesehene aperiodische Vorkommnisse - wie etwa Gefahren aus verlassenen Grubenbauen -, für die haushaltsmäßig Vorsorge zu treffen sei. -

**Marianne Thomann-Stahl (FDP)** stellt klar, ihr sei daran gelegen, dass der Minister den Ablauf im Falle eines Schadens und der daraus resultierenden finanziellen Aufwendungen hätten darstellen können. - Außerdem sei, ergänzt **Dr. Gerhard Papke (FDP)** nicht nachzuvollziehen, weshalb das Ministerium dokumentiere, dass der Ansatz aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre erhöht werde, während der Minister jetzt genau in die entgegengesetzte Richtung vortrage.

Die Koalition, so auf eine entsprechende Nachfrage des **Christian Weisbrich (CDU)** der **Abgeordnete Werner Bischoff (SPD)**, schätze die Entwicklung optimistisch ein und habe deshalb eine Reduzierung beantragt. - **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** weist noch einmal auf die Unmöglichkeit hin, Gefahren, wie sie aus verlassenen Grubenbauen entstehen könnten, vorab exakt festzulegen. Schätzungen seien vonnöten.

**Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** bittet das MVEL zum Abschluss der Diskussion, bis zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zu erläutern, wie der Betrag von 2,2 Millionen € aus 2003 finanziert werden solle.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP bei Enthaltung durch die CDU **abgelehnt**.

In der **Schlussabstimmung** wird der **Einzelplan 08** unter Berücksichtigung der den Ausschuss stangierenden Bereiche und der gefassten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

Der **Ausschuss** wendet sich sodann der Beratung der ihn betreffenden Positionen im **Einzelplan 15** zu:

#### **Lfd. Nr. 1**

**Christian Weisbrich (CDU)** fragt nach, ob tatsächlich die Barmittel vermindert und die Verpflichtungsermächtigungen erhöht werden sollten. Folge wäre, dass in Zukunft noch weniger Spielraum gegeben sei. Welche konkrete Veranlassung gebe es für die wenn auch nur marginale Verschiebung? Der Haushalt solle nicht mit Verpflichtungsermächti-



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
41. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004  
sl-ke

gungen belastet werden, wenn eine Regelung im laufenden Jahr anderweitig möglich sei.

**Werner Bischoff (SPD)** erwidert, die Koalition habe für ihren Antrag haushaltssystematische Beweggründe.

(Lachen bei der CDU)

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

#### Lfd. Nr. 2

**Christian Weisbrich (CDU)** moniert, die gegenseitige Deckungsfähigkeit aller Haushaltsansätze in einer Titelgruppe laufe dem Grundsatz der Haushaltsklarheit zuwider. In der Konsequenz bedeute dies für den Gesamthaushalt lediglich noch eines pauschalen Ansatzes zu bedürfen, der dem jeweiligen Haus zur freien Verfügung gestellt werde.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** unterstreicht die Sinnhaftigkeit des eingeschlagenen Weges. Immerhin sei in den einzelnen Titeln exakt ausgewiesen, welche Maßnahmen durchgeführt werden sollten. Erfahrungsgemäß sammelten sich im Laufe des Jahres ohnehin Haushaltsreste, mit denen man flexibel umgehen können müsse.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **abgelehnt**.

#### Lfd. Nr. 3

**Werner Bischoff (SPD)** erläutert zum Hintergrund des Antrags, dass - basierend auf entsprechenden Anfragen vor Ort - die zur Verfügung gestellten Mittel ausreichen. Die sicherheitstechnischen Aspekte seien abgearbeitet.

Die Ausführungen seien nicht ganz zutreffend, widerspricht **Marianne Thomann-Stahl (FDP)**: Noch nicht optimal sei das Rollfeld. Ein Tanklager solle gebaut werden. Mittelzusagen für dieses Jahr bestünden bereits. Die SPD sei an der Stelle auf die luftverkehrsfeindliche Politik der Grünen-Fraktion hereingefallen. Der Beschluss des Landtags zur Bedeutung des Luftverkehrs für Nordrhein-Westfalen und seine Infrastruktur habe anders ausgesehen. Welche Meinung verträten die Mitglieder des Verkehrsausschusses in dieser Sache?

Als Vertreter seiner Fraktion und Abgeordneter berichtet **Dr. Helmut Linssen (CDU)** über seinen Kenntnisstand zum Thema: Der Ansatz in Höhe von 3,5 Millionen € sei ein-

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
41. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004  
sl-ke

gestellt worden, um zugesagte Mittel bedienen zu können. Insofern entspreche es nicht den Tatsachen, dass die bereitgestellten Mittel in Höhe von 3,5 Millionen € nicht gebraucht würden.

**Minister Harald Schartau** versichert, die Maßnahmen am Standort Weeze könnten durchgeführt werden. Meinungsunterschiede gebe es in der Frage, wann Investitionen anstünden. Er gehe von einer planmäßigen Steuerung des Projekts aus.

**Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** begrüßt den Standpunkt des Ministers zu Weeze. Die Fälligkeit der Verpflichtungsermächtigungen im Jahr 2006 sei allerdings außergewöhnlich.

Allerdings, so **Dr. Manfred Dammeyer (SPD)**, würden auch 2005 Mittel bereitgestellt. Eine Reduktion finde lediglich 2004 statt, wobei der reduzierte Anteil sogar noch nach 2006 verschoben werde.

Im Vordergrund stehen, betont **Marianne Thomann-Stahl (FDP)**, die infrastrukturelle Weiterentwicklung des Flughafens. Dabei spiele die flugtechnische Ausrüstung des Flughafens eine Rolle. Wer an der Stelle Einschnitte vornehme, müsse sich fragen lassen, ob die Infrastruktur in dem erforderlichen Umfang in Gang komme. Das Vertrauen der Investoren in die Zusagen der Landesregierung, die von der Qualität her mit einem Bewilligungsbescheid gleichgesetzt werden könnten, werde enttäuscht.

Lägen, möchte **Christian Weisbrich (CDU)** wissen, dem Minister konkrete Kenntnisse vor, nach denen der Investor nicht in der Lage sei, die zugesagten Landesmittel zu verbauen? Für den Fall, dass der Investor mit dem erforderlichen Investitionstempo des Landes nicht Schritt halten könne, gehe es durchaus an, Mittel zu kürzen. Anderenfalls würde der Investor gezwungen, seine Investitionen zu strecken oder den Weg über eine teurere Zwischenfinanzierung zu beschreiten.

Der Vorschlag der Koalition, ist sich **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** sicher, werde nach den Ausführungen des Ministers in der beabsichtigten Form haushaltstechnisch realisiert werden können. Die Luftverkehrspolitik Nordrhein-Westfalens wird ein keinsten Weise in Frage gestellt.

Nach Einschätzung des Abgeordneten **Werner Bischoff (SPD)** sind die für die Maßnahmen in Weeze-Laarbruch angesetzten Mittel auskömmlich. Querverweise auf Zusammenhänge, wie sie unter anderen Tagesordnungspunkten diskutiert worden seien, seien nicht schlüssig.

**Minister Harald Schartau** betont das hohe Interesse der Landesregierung am Flughafen Weeze-Laarbruch. Die Investitionsgespräche würden reibungslos geführt. Die nötige Flexibilität werde Investitionen nicht im Wege stehen. - Der Landesanteil, der sich auf flughafentechnische Aspekte bezogen habe, sei sogar schon ausfinanziert. Die von

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
41. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004  
sl-ke

der Abgeordneten Thomann-Stahl erwähnten Vorhaben - Tanklager, Rollfeld - seien demnach Gesprächsgegenstände einer neuen Runde.

Der **Antrag** wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

#### **Lfd. Nrn. 4 und 5**

**Dr. Gerhard Papke (FDP)** erinnert an die Aussage der Grünen-Fraktion, dass es nach der Änderung der Handwerksordnung zu einer geringeren Zahl von Meistergründungen kommen werde. Die zu befürchtende Zunahme der Zahl an Betriebsinsolvenzen, so der Abgeordnete, werde die Zahl der Meistergründungen noch einmal absenken. Er vermöge nicht zu erkennen, dass die Landesregierung die Rahmenbedingungen und Anreize setze, die mittelständische Betriebe zu Meistergründungen animierten.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** rät dazu, zunächst die weitere Entwicklung nach der Novellierung abzuwarten. Deutlich unterstreiche er, dass jemand, der einen Antrag stelle, zum Zuge komme. Konsequenterweise werde dafür auch im laufenden und im Folgejahr Sorge getragen. Aus diesem Grunde werde der Haushaltsansatz auf der Höhe des Vorjahres gefahren. Die Kammern hätten diese Haltung begrüßt.

**Christian Weisbrich (CDU)** gibt zu bedenken, dass die Koalition einen Zusammenhang zwischen der Gründungstätigkeit und der Novellierung der Handwerksordnung hergestellt habe. Der FDP-Antrag tendiere in die richtige Richtung, zumal das Programm der Meistergründungsprämie seit seiner Erstauflage 45.000 Arbeitsplätze gesichert habe. Bekanntermaßen würden in Zukunft 20.000 Betriebsnachfolger jährlich benötigt, die eine Meisterqualifikation nachweisen müssten. Eine Mittelkürzung sei allenfalls stringent im Sinne einer Politik, die das Handwerk und den Mittelstand erdrossle. Er appelliere an die Koalition, von ihrem Vorschlag abzurücken. Der Ansatz müsse eigentlich sogar noch über das von der FDP beantragte Niveau hinausgehen.

Dürften, fragt **Marianne Thomann-Stahl (FDP)**, nach der Novellierung Handwerker in einem Bereich ohne Meisterzwang die Meistergründungsprämie noch in Anspruch nehmen?

**Werner Bischoff (SPD)** empfiehlt, aus der gegenwärtigen Diskussion sämtliche Spitzen herauszulassen. Zurzeit bewege sich diese Diskussion konträr zu der Haltung, wie man sie bei gemeinsamen Veranstaltungen mit dem Handwerk immer demonstriert habe. Die Bedeutung des Handwerks und seine finanzielle Förderung auch in Zukunft seien unstrittig. Dass es der Koalition gelungen sei, die von der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen zurückzunehmen, halte er für eine gute Basis, um die bisherige Politik mit dem Handwerk fortzusetzen.

Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
41. Sitzung (öffentlich)

07.01.2004  
sl-ke

Die Meistergründungsprämie, ergänzt **Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen**, sei seinerzeit auf Initiative der Abgeordneten Bodo Hombach und Laurenz Meyer ins Leben gerufen worden.

**Reiner Priggen (GRÜNE)** möchte in Anlehnung an die Frage der Abgeordneten Marianne Thomann-Stahl wissen, ob diejenigen, die ihre Meisterprüfung ablegten, ohne dass diese für ihr Gewerk zwingend vorgesehen sei, von der Meistergründungsprämie Gebrauch machen könnten.

(Zustimmung des Ministers Harald Schartau)

Der **Antrag lfd. Nr. 4** wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **abgelehnt**.

Der **Antrag lfd. Nr. 5** wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch CDU und FDP **angenommen**.

Der **Antrag lfd. Nr. 6** wird ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

In der **Schlussabstimmung** wird der **Einzelplan 15** unter Berücksichtigung der den Ausschuss tangierenden Bereiche sowie der gefassten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

Zum **Einzelplan 10** liegen dem Ausschuss **keine Änderungsanträge** vor. - In der **Schlussabstimmung** wird der **Einzelplan 10** in den den Ausschuss tangierenden Bereichen in der Fassung des Entwurfs mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP **angenommen**.

## **2 Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz 2003**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3899

Ausschussprotokoll 13/942

Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

**Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen** resümiert das bisherige Beratungsverfahren. Danach habe der Landtag den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion in seiner Sitzung am 5. Juni 2003 an den Ausschuss für Kommunalpolitik zur federführenden Beratung und in den hiesigen Ausschuss sowie zahlreiche weitere Ausschüsse zur Mitberatung überwiesen. Der federführende Ausschuss habe zum Gesetzentwurf am